

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex 0836846 pbbn d

Inhalt

Bruno Friedrich sieht im Verhalten von Genscher und Lambsdorff gefährliche Tendenzen für die Koalition: Ausstieg aus der Verantwortung für die Arbeitsbeschaffung?
Seite 1

Dr. Jürgen Böddrich MdL kritisiert, daß Bayern mit seinem Erbe aus dem Dritten Reich nicht fertig wird: Ein "Einzel-fall" wird zum Präzedenz-fall.
Seite 3

Dokumentation
Brief des SPD-Bundesge-schäftsführers Peter Glotz an die Mitglieder des SPD-Vorstandes: Ak-zente richtig setzen.
(Teil II) Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

36. Jahrgang / 160

25. August 1981

Der Koalitionstest durch Genscher und Lambsdorff

Arbeitsbeschaffung bleibt die soziale Frage der 80er Jahre

Von Bruno Friedrich
Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Mitglied
des SPD-Vorstandes

Obwohl in den schwierigen Haushaltsverhandlungen der letzten Wochen die Koalition selbst nie zur Disposition stand - dies wird auch die Kabinettsitzung am 2. September bestätigen - ist in der Schlußphase der Beratungen das Koalitionsbündnis zweimal ernsthaft getestet worden. Einmal durch den Vizekanzler und FDP-Vorsitzenden Genscher, das andere Mal durch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Persönlichkeiten, die in ihrer Funktion als tragende Pfeiler der Koalition bezeichnet werden müssen. Nicht der Bestand der Koalition wurde von ihnen in Frage gestellt, wohl aber der Stil und der Ton der Zusammenarbeit und die politische Koalitionssubstanz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Niemand vermag sich an der Tatsache vorbeizustehlen, daß die Beschäftigungspolitik zur sozialen Frage der 80er Jahre geworden ist. Schwaches Wachstum, Hochzinspolitik und Staatsverschuldung gestatten nicht mehr den Einsatz bisher erprobter Instrumente. In dieser Situation haben Genscher mit einem Brief an die FDP-Mandatsträger und Graf Lambsdorff in einem Deutschlandfunk-Interview am 25. August Orientierungen gegeben, die, bleiben sie und mit ihnen die FDP auf dieser Linie, sehr wohl zu einem veränderten Koalitions-klima und einem anderen Koalitionsverständnis führen könnten, was nicht das Ende der Koalition, wohl aber eine Veränderung ihrer politischen Substanz bedeuten würde.

Was sollen Bemerkungen wie die Genschers, es gehe um eine ähnlich grundsätzliche Auseinandersetzung wie beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, - oder: es gehe um eine Bewährungsprobe für die Marktwirtschaft? Wo liegt für Genscher die Parallele zum Ende des Zweiten Weltkrieges und wo liegt die Bewährungsprobe für die Marktwirtschaft? Was sol-



Ist derart nebulöse Phantasien? Was meint Graf Lambsdorff, der nun wahrlich nicht der Wirtschaftsminister einer vergesellschafteten Wirtschaft ist, wenn er sagt, der Einfluß des Staates müsse zurückgedrängt werden?

Im Verhalten von Genscher und Lambsdorff sind zwei für die Koalition gefährliche Tendenzen erkennbar. Während sich der Bundeskanzler, auch die anderen sozialdemokratischen Bundesminister, die Haushaltsverhandlungen hindurch merklich zurückgehalten haben, wurden von Vizekanzler Genscher und Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff Maximalforderungen (Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) nachgeschoben als das Gesamtpaket bereits weitgehend geschnürt war. Kurz: Es ging ihnen hier offensichtlich weniger um den Haushalt als um eine Änderung der Koalitionspolitik in ihrer wirtschaftlich-sozialen Grundorientierung. Die Regierungskompanie soll nach einer anderen Himmelsrichtung marschieren, weg von sozialliberalen und mehr hin zu mehr konservativ-liberalen Horizonten. Die Wünsche liegen in der Luft, wer bringt sie an den Kabinetttisch?

Selbstverständlich berührt dieses Operieren mit Maximalpositionen durch die FDP-Politiker die gesellschaftspolitische Grundsubstanz der SPD. Es geht um die für die SPD entscheidende Frage, ob bei einer solchen Entwicklung sich die Arbeitnehmer in einer SPD/FDP-Koalition hinreichend vertreten wissen.

Was ergeben sich aus dieser Entwicklung für Konsequenzen innerhalb der SPD? Es wird künftig für die SPD notwendig sein, die Interessen der Arbeitnehmer in der Beschäftigungspolitik als prinzipielle Frage eindeutig und offensiver und härter und nicht nur koalitionsgefiltert zu vertreten. Die künftige Ausgangslage für die SPD könne nicht primär Kompromißangebote sein, wenn die FDP auf bereits gefundene Kompromisse noch Maximalforderungen draufsetzt.

Die Behauptung, die Marktwirtschaft sei gefährdet, ist ein Märchen für Einfallslose. Wer damit arbeitet, hat in den letzten 20 Jahren mit verbundenen Augen gelebt. Seit dem Codesberger Programm, seit Heinrich Geist, Karl Schiller, Alex Möller hat die SPD mit der Marktwirtschaft politisch operiert, aber sie hat zugleich deren negative Seiten, den Egoismus der Starken und der Reichen, durch eine wirksame Sozialpolitik gezügelt. Dafür stehen in der jetzigen Regierung Helmut Schmidt, Hans Matthöfer und Herbert Ehrenberg, und niemand kann den deutschen Gewerkschaften, Männern wie Heinz-Oskar Vetter und Eugen Loderer, andere Positionen unterstellen.

Der gegenwärtige Konflikt zwischen SPD und FDP geht um die Frage, ob die Arbeitsbeschaffung, ob die Chance des Arbeitnehmers am Arbeitsmarkt und seine Sicherheit am Arbeitsplatz, eine soziale Frage und damit auch eine Aufgabe des Staates sind oder ob sie ausschließlich oder vorrangig der Funktion des Marktes zugeordnet werden sollen. Es hat den Anschein, als ob Genscher und Lambsdorff der letzteren Auffassung, die sich neuerdings stark in neokonservativen Rezepten wiederfindet, zuneigen. Dann ginge es nur darum, daß der Staat die Arbeitslosigkeit, dort, wo sie wächst, für die Wirtschaft finanzierbar macht. Alles andere wäre eine Sache des Marktes. Deshalb konzentrieren sich logischerweise Genscher und Lambsdorff so stark auf das Arbeitslosengeld und die Lohnfortzahlung.



Die SPD hat hier eine andere Position. Ist die Arbeitsbeschaffung die soziale Frage der 60er Jahre, dann muß sie in das Gesamtnetz der Sozialpolitik einbezogen werden. Sicher, dies kann bei niedrigem Wachstum zu Korrekturen im bisherigen Sozialbereich führen. Das wird nicht bestritten. Darum zu ringen ist legitim und notwendig. Entscheidend ist, daß sich der Staat zu seiner Verantwortung für die Sicherheit am Arbeitsplatz bekennt. Hier will Lamsdorff deutlich einen Ausstieg aus der Verantwortung des Staates.

Für die SPD kann die Diskussion um den Haushalt nur ein Beginn der Debatte um dieses Problem sein. Hochzinspolitik und begrenzte Mittel des Staates verlangen neue Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist in dieser Situation ein unverzichtbares Instrument. Die SPD sollte bei ihrem Bundesparteitag 1982 in München zur Beschäftigungspolitik und zur Arbeitszeitverkürzung Beschlüsse fassen, die über das bisher angewandte Instrumentarium hinausgehen. Die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten beim Europäischen Gipfel in Luxemburg und die Zustimmung der französischen Arbeitgeber zur 39-Stunden-Woche sind Schritte in die richtige Richtung.

(-/25.8.1981/bgy/ru)

+ + +



Ein "Einzelfall" wird zum Präzedenzfall

Bayern wird mit seinem Erbe aus dem Dritten Reich nicht fertig

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender bayerischer SPD-Vorsitzender

Bereits im Jahre 1978 hat der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Warnecke gegenüber der Bayerischen Staatsregierung beanstandet, daß das Münchner Auktionshaus "Graf Klenau oHG", Maximilianstraße 32, München, offenbar ungestraft NS-Objekte versteigern kann. Angeboten wurden unter anderem der Marschallstab von Hermann Göring, dessen Jacht, Judensterne mit Kennkarten. Das international für solche Versteigerungsgegenstände bekannte Auktionshaus schreckte nicht einmal davor zurück, eine ihrer Auktionen am 9. November 1978, dem 40. Jahrestag der Reichskristallnacht, durchzuführen.

Warnecke hatte damals mit seinem Protest ebenso wenig Erfolg wie mehrere Bürger, die Anzeige erstatteten: Die Staatsanwaltschaft München I stellte die Ermittlungen ein.

Jetzt hat die gleiche Staatsanwaltschaft dem Münchner Auktionshaus die Versteigerung und den Verkauf von NS-Symbolen nach mehrjährigen Recherchen im ganzen Bundesgebiet zur Last gelegt. Zwar erscheint die 400 Seiten starke Anklageschrift, die sich auf sechs Auktionen zwischen Oktober 1977 und September 1979 bezieht, hieb- und stichfest, doch ob es zur von den Sozialdemokraten ebenso wie vom Staatsanwalt gewünschten positiven Grundsatzenscheidung kommt, erscheint fraglich. Die Bayerische Staatsregierung selbst, genauer gesagt, die dem Kultusministerium unterstellte Staatsgemäldesammlung hat mit einem "Einzelfall", wie es die Staatsregierung selbst nennt, einen Präzedenzfall geschaffen. Am 25. Oktober 1974 versteigerte ein anderes Münchner Auktionshaus "im Auftrag und für Rechnung des Freistaates Bayern" den Nachlaß von Hermann Göring, Hitlers "Reichsmarschall". Vier der "kunstgewerblichen Gegenstände" waren mit dem Hakenkreuz, dem Reichsadler oder anderen NS-Symbolen versehen.

Gerade auf diese Versteigerung berufen sich nun die Rechtsvertreter von "Graf Klenau Nachfolger" ebenso wie eine Vielzahl von Antiquitätenläden, die wegen des Verkaufs von NS-Gegenständen angezeigt wurden - zumeist mit großem Erfolg: Bei 46 Verfahren wegen nationalsozialistischer Aktivitäten gab es im ersten Halbjahr 1977 nur acht Verurteilungen. Angezeigte Händler kamen, wenn schon nicht ungeschoren, so doch zumeist mit einem "blauen Auge", einer Geldstrafe von ein paar hundert Mark davon.

Es muß doch auch der Bayerischen Staatsregierung aufgefallen sein, was sie mit ihrer Versteigerung im Jahre 1974 angerichtet hat. Was das Kultusministerium selbst als "Ramsch" und "wertlose Gebrauchtgegenstände" bezeichnete und im Auktionskatalog mit 120.000 Mark ausgewiesen war, erbrachte fast den zehnfachen Erlös, der weit über dem Kunst- und Materialwert liegt. Damit ist doch klar, daß ein Großteil der Käufer nur deshalb Unsummen auf den Tisch legte, weil die Wertgegenstände mit dem Namen des "Reichsmarschalls" und mit dem Geruch der Hitler-Diktatur behaftet sind. Es kann aber nicht Aufgabe des Freistaates sein, solche "Erinnerungsstücke" unter die Leute zu bringen.

Wen wundert es da, wenn "Graf Klenau" einen solchen Boom zu nutzen versucht, zumal unbeschriebene Briefbögen Görings für 100 Mark oder sein Obstbesteck mit 400 Mark weggehen? Da werden auch Eva Brauns Briefe, Hitlers Kuchenlöffel, Servietten mit AH-Monogramm, SS-Stahlhelme, SA-Braunhemden, Ermittlungsakten der NSDAP oder Hitler-Aquarelle unter die Leute gebracht. Der Freistaat hat's ja vorgemacht. Was kümmert ein privates Auktionshaus, ob mit diesen Auktionen positive Erinnerungen an den Führer und seine Freunde neue Nahrung erhalten? Diese Art brauner Nostalgie ist durchaus geeignet, das nationalsozialistische Potential, das auch heute noch in Teilen der Bevölkerung vorhanden ist, zu fördern und auszubauen.

Es ist heute dringender denn je erforderlich, daß der "Präzedenzfall", den der Freistaat Bayern im Jahre 1974 geschaffen hat, "entschärft" wird. Solange sich die Geschäftemacher mit der braunen Vergangenheit auf das Vorbild der Bayerischen Staatsregierung berufen können, werden die Ansätze von Staatsanwaltschaften und Gerichten, dagegen vorzugehen, im Keim erstickt werden.

Unverständlich bleibt, daß die CSU-Staatsregierung nicht die Brücke sieht, die ihr gebaut wurde. Die 74er Versteigerung kann nicht ungeschehen gemacht werden, ebenso wenig können die Gegenstände zurückgeholt werden. Deshalb wäre es doch der sinnvollste Weg, klar zu machen, daß mit dem NS-Cut keine Geschäfte zu machen sind: Das Geld sollte ausschließlich zur Information der Bevölkerung über die Greuelthaten des Dritten Reiches und zur Linderung der Leiden, die die NS-Machthaber erzeugt haben, verwendet werden. Der wiederholte Hinweis der Bayerischen Staatsregierung, das Geld sei zur Wiedergutmachung an Opfern des Nazi-Regimes verwendet worden, genügt nicht: Hier muß Mark für Mark nachgewiesen werden, wofür dieses Geld ausgegeben wurde. Eine entsprechende parlamentarische Anfrage soll dies jetzt klären; wenn nicht alles für die von ihm vorgeschlagenen Zwecke verwendet wurde, müßte die Staatsregierung dies schleunigst nachholen - etwa indem sie die Ausstellung "Widerstand und Verfolgung im Dritten Reich" ankauft, die dem Bürger ein eindrucksvolles Bild über das "Tausendjährige Reich" vermittelt, oder die Mittel dem VdK und anderen Organisationen mit gleicher Zielsetzung zur Verfügung stellt.

Erst wenn dies geschehen ist, sehe ich eine Chance, daß es im jetzt angelaufenen Musterprozeß gegen "Graf Klenau Nachfolger" zu einer Grundsatzentscheidung kommt, die auch alle anderen Gerichtsurteile positiv beeinflussen kann. Uns geht es letztlich nicht darum, daß jeder Trödelmarkt von der Staatsanwaltschaft durchkämt wird, sondern daß den großen Anbietern von NS-Wertgegenständen, die damit astronomische Gewinnspannen erzielen, auf gerichtlichem Wege das Handwerk gelegt werden kann.

Dazu gehört aber auch eine weiterhin konsequente Haltung der Bayerischen Staatsregierung. Die nachgeordneten Behörden des bayerischen Finanzministeriums müssen strikt darauf achten, daß sie keine NS-Gegenstände versteigern, wenn sie den Nachlaß von ohne Erben verstorbenen Bürgern unter den Hammer bringen. Genau dies ist 1978 durch das Zentralfinanzamt Nürnberg geschehen, als es Abzeichen mit NS-Emblemen sowie eine Medaille "Ein Volk, ein Reich, ein Führer" öffentlich versteigerte. Der bayerische Justizminister Hillermeier sah sich auf eine damalige Anfrage des Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Langenberger nicht in der Lage, auszuschließen, daß auch bei anderen Versteigerungen der Finanzämter ähnliche Gegenstände mit NS-Symbolen unter den Hammer kamen. Der Freistaat muß in dieser Beziehung endlich sauber und integer dastehen. Deshalb muß jetzt alles auf den Tisch - ohne jede Rücksichtnahme. Einen entsprechenden Bericht von Finanzminister Streibl ist für die Zeit nach der Sommerpause im Landtags-Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen gefordert.

Auch Bonn sieht der bayerische Politiker in der Pflicht. Die Bundesregierung, die derzeit Gesetzeslücken bei der Bekämpfung des Neonazismus schließen und vor allem gegen die Nazipropaganda, die unser Land überschwemmt, vorgehen will, sollte meiner Meinung nach auch eine Einengung der Ausnahmeregelungen im Paragraph 86a des Strafgesetzbuches ins Auge fassen. Geplant ist bis jetzt nach Angaben von Bundesjustizminister Jürgen Schmude, nicht nur die Verbreitung und den Vertrieb von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen unter Strafe zu stellen, sondern auch die Einfuhr und die Herstellung. Eine weitere Lücke ist der Handel mit den "vorkonstitutionellen" Schriften, mit Büchern wie "Mein Kampf" oder anderen Texten mit NS-Ideologie, die nach der geltenden Rechtsprechung nicht wegen Schädigung oder Gefährdung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik geahndet werden können, weil sie vor der Entstehung des Grundgesetzes entstanden. In diesen Bereich gehört auch, daß die Ausnahme des Paragraphen 86a StGB, nach der NS-Symbole zu wissenschaftlichen und kulturellen Zwecken sowie zur staatsbürgerlichen Aufklärung angekauft oder ersteigert werden können, eingeengt wird. Hier muß der Empfängerkreis - Ausstellungen, Museen, historische Dokumentationen, aber keine Privatinteressenten oder kaum zu kontrollierende Auktionshäuser und Händler - eindeutig festgeschrieben werden.

Es geht nicht darum, auf diese Weise Vergangenheitsbewältigung zu treiben, sondern einer NS-Nostalgie Einhalt zu gebieten. Hier stehen alle in der Verantwortung.

(-/25.8.1981/vo-he/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, hat an die Mitglieder des SPD-Vorstandes einen Brief geschrieben, der sich mit der aktuellen Haushaltsdiskussion befaßt, Wir dokumentieren heute den zweiten Teil des Schreibens.

Akzente richtig setzen

III.

Ergänzungsabgabe

Das Ziel Nummer eins für die Wirtschafts-, Bundes-, Sozial- und Gesellschaftspolitik muß ebenso wie für die Finanzpolitik die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Um Spielraum zu schaffen für beschäftigungswirksame Initiativen, wurde von den Gewerkschaften und aus der SPD heraus eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer als Finanzierungsinstrument für beschäftigungsschaffende Maßnahmen vorgeschlagen. Inzwischen sind wir aber in der Gefahr, daß diejenigen, die ein solches Instrument ablehnen, weil sie ihre Bezugsgruppen vor Einkommensverlusten schützen wollen, mit der Debatte über dieses Finanzierungsinstrument die Sache selbst, nämlich die notwendigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen, totreden. Dies kann die SPD nicht dulden.

Folgende Argumente sind bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden:

- Über den Bundeshaushalt können nur Anreize gegeben werden; notwendig sind für die Zukunft jährlich 15 bis 20 Milliarden Mark zusätzlicher Investitionen in der Gesamtwirtschaft; die Faustregel lautet: wenn in der Gesamtwirtschaft 100 Millionen Mark investiert werden, entstehen über 1.000 Arbeitsplätze. Zusätzliche Investitionen von 15 bis 20 Milliarden Mark im Jahr für 1982 bis 1985 würden jährlich etwa 180.000 bis 250.000 Arbeitsplätze sichern und schaffen. Es muß also klar sein, daß es nicht 'die Ergänzungsabgabe' sein kann, von der nun Wohl und Wehe unserer Wirtschaftspolitik erwartet würden. Es geht um die Anstoßwirkung staatlicher Maßnahmen. Die Ergänzungsabgabe, beispielsweise zum Teil für Investitionsvergünstigungen benutzt, könnte ein Vielfaches ihres Aufkommens (drei Prozent = sechs Milliarden DM pro Jahr) an Investitionen in der Wirtschaft bewegen.
- Die meßbaren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Abgabe kann man nur dann erkennen, wenn man weiß, was mit steuerlichen Mehreinnahmen des Bundes geschehen soll. Wir müssen also zu allererst mit der F.D.P. und auch mit den Verbänden und der veröffentlichten Meinung über mögliche wirksame Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft reden. Unser Ziel muß es sein, in den nächsten Wochen eine inhaltliche Diskussion über ein intelligentes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu führen, statt uns zunächst über die Frage zu zerstreiten, wie die dafür notwendigen Mittel aufgebracht werden sollen.
- Allerdings sollten wir es auch nicht durchgehen lassen, wenn die Ergänzungsabgabe mit ökonomisch unsinnigen Argumenten angegriffen wird. Wenn beispielsweise die tief-sinnige ökonomische Betrachtung, daß eine Ergänzungsabgabe Nachfrage abschöpft und unter der derzeitigen konjunkturpolitischen Situation deshalb unangebracht sei, mit dem Vorschlag verknüpft wird, doch lieber im Bereich der Arbeitslosenversicherung einzusparen, dann sollte offen auf die Widersprüche dieser Argumentation hingewiesen werden, denn selbstverständlich schöpft man auch Nachfrage ab, wenn man Arbeitslosen das Einkommen kürzt - Menschen also, die sowieso in die Nähe des Existenzminimums geraten. Dann ist es schon besser, den Kaufkraftentzug über die Breite aller Steuerzahler und Ausgaben zu verteilen. Dabei wird natürlich Konsumnachfrage eingeschränkt - vom Oberhemd bis zur Polstergarnitur - allerdings auch bei Benzin, Urlaubsreisen und anderen Importen. Gleichzeitig wird das Geld umgelenkt in investive Bereiche, in denen Engpässe bestehen - wie bei der Energieversorgung; oder in Bereiche, in denen die Investoren zögern sich zu engagieren - wie im Wohnungsbau. Gerade auch solche öffentliche Hilfen können beachtliche Hebelwirkungen haben, wenn sie bisher abwartende Investoren aus der Reserve locken oder unrentable Vorhaben über die Rentabilitätsschwelle heben.

- Im Übrigen sind auch, was in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht deutlich gesagt wurde, steuertechnische Lösungen möglich, um die Entzugerscheinungen einer Ergänzungsabgabe für die Nachfrage zeitlich hinter die arbeitsplatzschaffenden Wirkungen zusätzlicher Investitionen zu verlagern. Man könnte zum Beispiel die Ergänzungsabgabe erst am Jahresende, nicht monatlich erheben.

Wir müssen deutlich machen:

Es kommt psychologisch und gesamtwirtschaftlich auf die Gesamtwirkung des Maßnahmenpakets der notwendigen Doppeloperation an: Die Frage ist: Wie bekommen wir es fertig, die Einkommenssteigerungen so weit wie möglich in zusätzliche Arbeitsplätze zu investieren?

Alternativen zur Ergänzungsabgabe

Natürlich sind auch andere Finanzierungsinstrumente als die Ergänzungsabgabe denkbar. Kein Sozialdemokrat hat dies jemals bestritten; Hans-Jürgen Wischniewski hat auch nicht die Ergänzungsabgabe, sondern eben das Beschäftigungsprogramm als 'unverzichtbar' bezeichnet.

In diesem Zusammenhang wird dabei häufig von weiteren Einsparungen im Haushalt gesprochen. Es gibt auch in der Koalition einzelne Politiker, die das vom Bundesfinanzminister gesetzte und von der Koalition akzeptierte Sparziel von 16 Milliarden inzwischen auf 20 oder 21 Milliarden hochschrauben. Solche Ankündigungen sind zumindestens leichtfertig; denn einmal kann die Koalition bestimmte Sozialleistungen, die sie bewußt mit dem Ziel, mehr Chancengleichheit zu schaffen, eingeführt hat, in vielen Fällen nicht wieder einkassieren, ohne den Staat bei Millionen von Menschen unglaublich zu machen und die eigene Politik zu konterkarieren. Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten, an der schon hunderte Millionen Abstriche zu verzeichnen sind, ist ein gutes Beispiel dafür, daß das Streichen dort jetzt ein Ende haben muß. Zum anderen muß bei Einsparungen eben auch der negative Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage berücksichtigt werden. Bedenkt man all dies, wird man zwar keineswegs sagen können, daß die Sparbeschlüsse des Kabinetts vom 30. Juli nicht noch an der einen oder anderen Stelle ergänzt werden können; ob damit so viel herauszuholen ist, daß die beschäftigungspolitische Komponente des Haushalts ausreichend dimensioniert werden kann, wird man aber fragen müssen.

Immerhin gibt es, wenn von der langen Liste möglicher Einsparungen die Rede ist, nicht nur Vorschläge, die zu einer Minderung notwendiger Sozialleistungen führen. Immer wenn wieder einmal die Kürzung des Arbeitslosengeldes oder des Wohngeldes et cetera angesprochen werden, lassen sich Gegenvorschläge unterbreiten, beispielsweise eine weitere Beschränkung der Sparförderung, eine zeitweise Suspendierung des Paragraph 7 b Einkommensteuergesetzes für Altbauten, eine Streichung der "Mehrwertsteuer-Option" beim Bauherrenmodell sowie verschiedene Freibeträge.

Natürlich kann man auch über die Erhöhung von Verbrauchssteuern nachdenken. Die SPD braucht hier aber gegenwärtig keine weiteren Vorschläge zu machen. Sie kann in Ruhe abwarten, welche Überlegungen von anderer Seite kommen. Natürlich könnte man - um ein Beispiel anzuführen - eine Erdgassteuer einführen. Bisher war es aber gerade die F.D.P., die dadurch eine Gefährdung des Erdgasröhrengeschäftes mit der Sowjetunion befürchtete. Sie muß sagen, wenn sie dieses Argument inzwischen nicht mehr für durchschlagend hält. Dasselbe gilt für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die im gegenwärtigen Zeitpunkt fragwürdig ist, weil sie zu unerwünschten Preiswirkungen führen könnte. Grundregel: wer die Ergänzungsabgabe als Finanzierungsquelle für Investitionen ablehnt, ist gebeten, andere, bessere Vorschläge zu machen, die es ermöglichen, wirksam gegen die Arbeitslosigkeit anzugehen. Mit der Erhöhung der Sektsteuer kann man sich dabei nicht aus der Affäre ziehen.



Argumentation nach vorn:

Die Diskussion um die notwendige "Doppeloperation" ist viel zu wichtig, als daß man sie als eine Art Lackmaus-Papier der Koalition benutzen dürfe - um die gesellschaftspolitischen Unterschiede von SPD und F.D.P. herauszufärben. Es kann nicht darum gehen, zum hundertsten Mal einer längst nicht mehr erstaunten Öffentlichkeit vorzuführen, daß die F.D.P. die Selbständigen als ihre Klientel betrachtet und die SPD Ankurbelungsmaßnahmen in der Wirtschaft auch unter dem Aspekt betrachten muß, ob dadurch die Reichen immer reicher werden. Entscheidend ist jetzt, daß die Koalition beweist, daß sie trotz unterschiedlicher sozialökonomischer Grundauffassungen etwas gegen die größte Bedrohung von Wohlstand und sozialer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu tun in der Lage ist, nämlich die Arbeitslosigkeit.

In manchen Bonner Amtsstuben und Verbänden grassieren Kleinmut, Phantasielosigkeit und Frustration. Nun gibt es in der Bundesrepublik in der Tat schwer zu überwindende Hindernisse gegen entschlossenes ökonomisches Handeln; die Finanzverfassung dieses Landes ist kompliziert, für viele Operationen ist eine Zustimmung von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig und die Widerstände aus dieser oder jener Ecke sind vielfältig. Trotzdem: Die Herausforderung der gegenwärtigen Situation ist zu groß, als daß man vor diesen Widerständen kapitulieren dürfte.

Die jetzt vorgelegten Vorschläge sind bewußt unvollständig und auch technisch nicht ausformuliert. Sie bauen auf den Beschäftigungselementen auf, die im Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministers für 1982 schon enthalten sind (Mikroelektronik, Stahl etc.). Sie stellen kein in sich geschlossenes Programm dar, sondern sollen nur eins deutlich machen: Die resignierende These, man müsse vor einem unbeeinflussbaren Marktgeschehen verharren und einem Marsch in weitere Arbeitslosigkeit mit bedauerndem Kopfwiegen zusehen, ist falsch.

Wir müssen klar machen: Wer die beschäftigungspolitische Komponente des Haushaltes 1982 klein- oder totredet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er sich an der Eingrenzung der Arbeitslosigkeit nicht beteiligen will. (-/25.8.1981/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

